

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
7 / 2008

Politischer Bericht aus den Vereinigten Staaten von Amerika

14. April 2008

Yannick Haan / Ulf Gartzke
Verbindungsstelle Washington



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: 089 1258-202 oder -204
Fax: 089 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Waffengesetze der USA

Der Überblick

- Es wird geschätzt, dass sich in den USA momentan etwa 223 Millionen Waffen im Umlauf befinden. In Deutschland sind es hingegen nur etwa 10 Millionen. Statistisch besitzt jeder zweite Haushalt in den USA eine Waffe. In der Geschichte und Gesellschaft Amerikas sind Waffen fest verankert. Es gilt als Recht eines jeden Bürgers, sich selbst zu verteidigen. Diese Freiheit wird durch das „Second Amendment“ der amerikanischen Verfassung gesichert. Es besagt: „The right of the people to keep and bear Arms shall not be infringed.“ Eine zentrale Rolle bei der aktuellen Diskussion spielt dabei die Abwägung zwischen dem Second Amendment Recht auf Waffenbesitz jedes einzelnen Bürgers und dem Sicherheitsanspruch der Gesamtbevölkerung. Schließlich liegt das Gewaltmonopol beim Staat.

Die Bundesgesetze

- Die US-Waffengesetze fallen sowohl in den Kompetenzbereich der Washingtoner Bundesregierung als auch in den der jeweiligen Bundesstaaten. Die Bundesgesetze legen fest, wer eine Waffe besitzen darf, wer Waffen verkaufen darf und welche Waffen legal sind. Der „Firearm Owners Protect Act“ von 1986 besagt, dass folgende Personengruppen keine Waffen in den USA besitzen dürfen: verurteilte Personen, Justizflüchtlinge, geistig Behinderte, illegale Einwanderer, Minderjährige sowie Personen, die eine Straftat begangen haben. Einige Bundesstaaten autorisieren auch den Waffenverkauf an Ausländer, die innerhalb der USA leben. Waffen dürfen nur von Personen mit einer staatlichen Lizenz kommerziell vertrieben werden.
- Im Jahr 1994 hatte Präsident Bill Clinton den „Assault Weapons Ban“ eingeführt. Dieser verbot in den USA sämtliche automatischen und halb-automatischen Waffen. Trotz heftiger Diskussionen stimmte der Kongress für das umstrittene Gesetz. Im Jahre 2004 ist die auf zehn Jahre limitierte Verordnung jedoch automatisch ausgelaufen („sunset provision“), da der Kongress mehrheitlich gegen eine Erneuerung des Gesetzes stimmte.

Die Landesgesetze

- Die einzelnen Landesgesetze sind unabhängig von den Bundesgesetzen und klären unterschiedliche Fragen des Waffenbesitzes; z.B. welche Waffen verkauft werden dürfen, ob sie angemeldet werden müssen oder ob ein Waffenschein vorliegen muss. Dies fällt alles in die Zuständigkeit der einzelnen Bundesstaaten. Grundsätzlich haben urbane Metropolen wie New York oder Los Angeles die schärfsten Waffengesetze Amerikas. Im Bundesstaat New York beispielsweise muss die Waffe registriert werden und der Waffenhalter muss sich im Besitz eines gültigen Waffenscheins befinden. Zudem dürfen alle Städte, die mehr als 100.000 Einwohner haben, zusätzlich strengere Gesetze erlassen. Kalifornien hat eine der strengsten Waffengesetze des Landes. So sind viele Waffentypen, wie zum Beispiel halbautomatische Waffen, komplett verboten. Allerdings ist die lokale Polizei autorisiert, „Personen mit gutem Charakter“ einen Waffenschein für sonst grundsätzlich illegale Waffen zu erteilen. Das hat in Los Angeles bereits dazu geführt, dass zumeist nur noch Prominente solche Waffen besitzen. Daraufhin gab es mehrere Sammelklagen von Einwohnern gegen den Bundesstaat Kalifornien. Bislang wurden noch keine Urteile gesprochen.
- Der mittlere und südliche Westen der USA hat in der Regel die liberalsten Waffengesetze. In Texas gibt es beispielsweise neben den landesweiten US-Restriktionen keine weiteren bundesstaatlichen Beschränkungen. Jeder US-Bürger, der älter als 18 Jahre ist, kann sich dort frei erhältlich eine Waffe kaufen, ohne Registrierung der Waffe oder Waffenschein.

Sonderfall Washington, DC

- Seit dem Jahre 1975 ist es verboten, innerhalb der amerikanischen Hauptstadt Washington, DC eine Waffe zu besitzen. Der District of Columbia (DC) will so die Sicherheit von Personen und Politikern innerhalb der Hauptstadt verbessern. Im Jahre 2003 haben jedoch sechs Washingtoner Bürger gegen das Gesetz geklagt. Nachdem der „weapons ban“ in erster Instanz zunächst bestätigt wurde, hat das zuständige US-Berufungsgericht im selben Jahr das Gesetz jedoch als verfassungswidrig erklärt: „Das Second Amendment schützt das individuelle Recht jeden Bürgers, eine Waffe zu besitzen. Der Distrikt darf kein Waffenverbot aussprechen.“, so die Urteilsbegründung des Gerichts.
- Momentan ist das Gerichtsverfahren beim Supreme Court, dem höchsten Gericht der USA, anhängig. Am 18. März 2008 fand die erste Anhörung statt. Experten rechnen damit, dass der Supreme Court im Juni dieses Jahres den umstrittenen „weapons ban“ für verfassungswidrig erklären wird. Vize-Präsident Dick Cheney und der republikanische Präsidentschaftskandidat Senator John McCain haben sich bereits klar für eine Aufhebung des Verbotes ausgesprochen. Die beiden demokratischen Präsidentschaftskandidaten Hillary Clinton und Barack Obama wollen den „weapons ban“ hingegen beibehalten. Der Ausgang des Washingtoner Verfahrens ist für die Zukunft der Waffengesetzgebung in Amerika von großer Bedeutung. Es gilt als Präzedenzfall für viele andere derzeit anhängige Gerichtsverfahren, darunter zum Beispiel die bereits erwähnte Klage gegen Sonderregelungen für Prominente in Kalifornien.

Die US-Waffenlobby

- Die Waffenlobby ist eine der einflussreichsten Lobbygruppen in den USA. Die NRA (National Rifle Association), Amerikas größte und wichtigste Waffenlobby-Organisation, hat 2,8 Millionen Mitglieder und ein Jahresbudget von rund 100 Millionen US-Dollar. Der kürzlich verstorbene prominente Schauspieler und Oscar-Preisträger (Ben Hur) Charlton Heston war bis zu seinem Lebensende NRA-Präsident. Die wichtigste Lobby-Organisation für die Einschränkung des Waffengebrauchs ist hingegen die „National Coalition to Ban Handguns“ (NCBH). Die NCBH hat jedoch nur etwa 20.000 Mitglieder und ein Jahresbudget von lediglich 400.000 US-Dollar. Amerikas prominentester Anti-Waffenlobbyist ist der Regisseur und Politik-Aktivist Michael Moore („Fahrenheit 9/11“). In seinem Film „Bowling for Columbine“ kritisiert Moore offen die freie Zugänglichkeit von Waffen in den USA und macht die liberalen Waffengesetze in diesem Zusammenhang für die wachsende Gewalt in der amerikanischen Gesellschaft verantwortlich. Der Ruf nach schärferen Waffengesetzen wurde dabei in der Vergangenheit vor allem nach Amokläufen an Schulen laut. Im Jahr 1999 brachten zwei Schüler an der Columbine High School zwölf Menschen um. Im April letzten Jahres kamen bei dem schlimmsten Amoklauf in der Geschichte der USA an der Virginia Tech University 30 Studenten und zwei Professoren ums Leben. Der Täter, ein 23-jähriger Student namens Seung Hui-Cho, nahm sich nach der Tat selbst das Leben.

Die amerikanische Entwicklungshilfe

Überblick

- In der Zeit des Kalten Krieges hat die US-Entwicklungshilfe, vor allem im Rahmen des Marshall Plans, eine wichtige Rolle gespielt. Noch in den 50er-Jahren gaben die USA jährlich etwa drei Prozent ihres Bundeshaushaltes für internationale Entwicklungshilfe aus. Das Geld ging vor allem an Westeuropa und Israel. Anders als in Europa haben die USA dabei Entwicklungshilfe seit jeher als ein strategisches Instrument ihrer Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet. In der von US-Präsident Bush im September 2002 veröffentlichten „National Security Strategy“ ist die US-Entwicklungshilfe dementsprechend neben dem Militär und der Diplomatie eine der drei Grundpfeiler für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit Amerikas. Die US-Regierung teilt die eigene Entwicklungshilfe in fünf unterschiedliche Kategorien auf: (1) bilaterale Entwicklungshilfe; (2) wirtschaftlicher Beistand, um die Sicherheit der USA zu verbessern; (3) humanitäre Hilfe; (4) multilaterale wirtschaftliche Hilfe; sowie (5) Militärhilfe. Gerade letztere wird in Europa quasi nie als Teil der klassischen Entwicklungshilfe angesehen.
- Seit den 50er-Jahren geben die USA jedoch immer weniger Geld für Entwicklungshilfe aus. Der Zerfall der Sowjetunion hat diese Tendenz zunächst noch einmal dramatisch beschleunigt. Erst in letzten Jahren hat sich das Entwicklungshilfebudget langsam stabilisiert. Im Jahr 2007 gaben die USA insgesamt 21,7 Milliarden US-Dollar für Entwicklungshilfe aus; lediglich 0,2 Prozent des Bundeshaushaltes.

Wichtige Länder und Regionen

- Israel erhält den größten Teil der amerikanischen Entwicklungshilfe. Seit der Gründung des jüdischen Staates 1948 haben die USA das Land stark politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt. So erhielt Israel im Jahr 2007 insgesamt rund 1,8 Milliarden US-Dollar Militärhilfe und 1,2 Milliarden US-Dollar an wirtschaftlicher Hilfe. Seit dem Jahr 2000 geht die Hilfe allerdings langsam zurück. Ein anderes wichtiges Empfängerland ist Ägypten mit 1,8 Milliarden US-Dollar wirtschaftlicher Hilfe im Jahr 2007. Die milliardenschweren US-Transferzahlungen für Ägypten wurden erstmals 1979 als „Belohnung“ für den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag sowie das ein Jahr zuvor von Präsident Jimmy Carter vermittelte Camp David Abkommen eingeführt. Insgesamt haben die Vereinigten Staaten im Jahr 2007 allein an wirtschaftlicher Hilfe mehr als vier Milliarden US-Dollar für die Länder im Nahen Osten aufgewendet. In den letzten Jahren hat die Bush-Administration jedoch langsam begonnen, ihre Prioritäten zu verschieben. Der Anteil des Nahen Ostens an der US-Entwicklungshilfe ist rückläufig, während hingegen die afrikanischen Länder mehr Geld aus Washington bekommen. Seit 2001 hat sich die US-Entwicklungshilfe für Afrika sogar fast verdreifacht. In 2007 haben die USA insgesamt 4,7 Milliarden US-Dollar an die afrikanischen Länder gezahlt. Ein weiteres wichtiges Empfängerland ist Afghanistan mit knapp einer Milliarde US-Dollar wirtschaftlicher Entwicklungshilfe pro Jahr.
- Der Plan für den Wiederaufbau des Iraks ist die größte US-Entwicklungsinitiative seit dem Marshall Plan. Diese speist sich aus einem Fonds, der, über fünf Jahre verteilt, insgesamt knapp 24 Milliarden US-Dollar umfasst. Dieser Fonds soll ausschließlich zum Wiederaufbau des Iraks genutzt werden, nicht für militärische Zwecke. Er gehört nicht zum Budget für Entwicklungshilfe, sondern speist sich aus dem Budget des Außenministeriums.

Der Kampf gegen AIDS

- In seiner Rede zur Lage der Nation im Jahre 2003 hat Präsident Bush den „President’s Emergency Plan for AIDS Relief“ (PEPFAR) vorgestellt. PEPFAR ist eine Initiative der amerikanischen Regierung mit dem Ziel, die HIV-Neuinfizierungen weltweit zu reduzieren. In

den letzten fünf Jahren hat die US-Regierung insgesamt 15 Milliarden US-Dollar in das Programm investiert. In Europa ist PEPFAR hingegen bislang leider weitgehend unbekannt. Washington plant sogar für die Jahre 2008 bis 2013 das Budget auf 30 Milliarden zu erhöhen. Eine wirklich beachtliche Summe. Nach US-Angaben konnten dank des Programms seit 2003 bereits knapp 1,5 Millionen HIV-Infizierte behandelt werden. Der Fokus lag dabei bislang vor allem auf afrikanischen Ländern wie z.B. Botswana, der Elfenbeinküste sowie Äthiopien. Rund 80 Prozent des Geldes werden für die Behandlung von AIDS-Kranken ausgegeben. Das restliche Geld investiert die Regierung in präventive Maßnahmen.

- Kritik an PEPFAR kommt vor allem von Gesundheitsexperten und NGOs. Die Kritiker bemängeln, dass ein Drittel des Geldes automatisch an Organisationen fließen muss, welche sich ausschließlich für sexuelle Abstinenz einsetzen. Daher werde das Programm angeblich zu stark von politischen, religiösen und sozialen Gruppierungen beeinflusst, denen Moral zu vermitteln wichtiger sei als die direkte Hilfe für betroffene Menschen. Befürworter von PEPFAR-Abstinenzprogrammen weisen hingegen darauf hin, dass diese per Definition den besten und umfassendsten Schutz vor HIV/AIDS bieten.

Die Millennium Challenge Corporation

- Die Millennium Challenge Corporation (MCC) ist eine im Januar 2004 von der US-Regierung gegründete Entwicklungshilfe-Gesellschaft. Oberster Leitsatz der MCC ist, dass Entwicklungshilfe vor allem dann erfolgreich ist, wenn sie zu mehr Wirtschaftswachstum führt bzw. die Regierungen der Empfängerländer zur Einhaltung westlicher Freiheits- und Bürgerrechtsstandards bereit sind. Die MCC-Bewerberländer werden anhand 17 politischer und wirtschaftlicher Kriterien bewertet. Die Kriterien beinhalten beispielsweise „good governance“, Kampf gegen Korruption, die Gewährleistung politischer Rechte, Kampf gegen Inflation, der Zugang von Mädchen zum Bildungssystem, etc. Als Bewertungsgrundlagen dienen hierbei offizielle Statistiken und Bewertungen von Freedom House, der Welt Bank, der UNESCO, etc. Die einzelnen Kriterien werden wiederum in einzelne Unterkriterien aufgeteilt, die dann anhand eines Punktesystems evaluiert werden. Alle Bewerberländer werden schließlich auf einer Punkteskala bewertet („scorecard“) und in einem internationalen Ranking erfasst.
- Seit der Gründung der MCC kritisieren vor allem humanitäre Hilfsorganisationen das Programm. Hauptkritikpunkt ist, dass die USA durch dieses System gezielt solche Länder fördern, welche für die eigene nationale Sicherheit als bedeutsam erachtet werden. Zudem ist die Entwicklungshilfe bislang häufig implizit an die Anerkennung der Immunität amerikanischer Staatsbürger vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) gebunden (so genannte „Article 98 Agreements“). Vor allem die europäischen Länder, welche versuchen, den ICC international zu stärken, haben diese an politische Bedingungen gebundene Form der US-Entwicklungshilfe scharf kritisiert. Kritiker der MCC bemängeln überdies, dass die Mehrzahl der ärmsten Länder der Welt durch das Punktesystem falle und so von den USA von vornherein keine Unterstützung erhalten könne. Dennoch muss die ICC trotz berechtigter Kritikpunkte als ein innovatives Entwicklungshilfe-Konzept betrachtet werden. Schließlich wurden viel zu lange von staatlichen und privaten Hilfsorganisationen milliardenschwere Entwicklungsgelder per Gießkannen-Prinzip an Länder verteilt, deren Regierungen bzw. lokale Eliten sich auf Kosten ihrer eigenen Bevölkerung daran schamlos bereichert haben. Der Ansatz, die Vergabe von Entwicklungshilfe an klar und transparent definierte Erfolgsindikatoren zu koppeln und daran die Fort- bzw. Rückschritte der betroffenen Länder regelmäßig zu messen, ist prinzipiell sehr zu begrüßen.

Yannick Haan ist Research Fellow der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.

Ulf Gartzke ist Leiter der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.

+++